



FREISTAAT THÜRINGEN

Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Technologie



Neufassung vom 01.01.2012

Leitfaden für Projektträger zur Förderung transnational oder interregional vernetzter Entwicklungspartnerschaften

gemäß Ziffer 2.10 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und/oder des Freistaats Thüringen zur Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung und zur Förderung der beruflichen Integration



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

A. Grundlagen und Ziele

Der vorliegende Leitfaden differenziert und ergänzt die Regelungen der Richtlinie. Durch transnational und interregional vernetzte Entwicklungspartnerschaften kann ein wichtiger zusätzlicher Beitrag zur Stärkung der Humanressourcen einschließlich der Handlungskompetenzen, zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und damit auch zur besseren wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht werden. Über Wissens- und Erfahrungstransfer sowie die Zusammenarbeit mit anderen Regionen sind Synergien zu realisieren, die die gemeinsame Zielerreichung erleichtern, beschleunigen und qualitativ stärken.

Im Rahmen der transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit nach der Richtlinie bzw. dem Handbuch für Transnationale Aktivitäten (TNA) sind Projekte förderfähig, die einen Beitrag zur Zielerreichung in den Aktionen und Handlungsfeldern des Operationellen Programms ESF (OP) leisten. Von besonderem Interesse sind Projekte, die einen Beitrag zur Umsetzung der „Europa 2020-Strategie“ auf folgenden Gebieten leisten:

- Berufliche Integration und sozialer Zusammenhalt,
- berufsrelevante Bildung im Bereich nachhaltigen Wirtschaftens, erneuerbarer Energien und Ressourcen schonender Technologien,
- Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Die Kooperation kann sich sowohl auf Regionen mit vergleichbaren Problemlagen beziehen, um gemeinsame Lösungen zu finden, als auch auf Gebiete, die durch wirtschaftliche Disparitäten gekennzeichnet sind, um so die Einbindung von strukturschwächeren Regionen zu erleichtern. Auch die Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Stadt-Land-Regionen kann Inhalt der Kooperation transnationaler Räume bzw. interregionaler Zusammenarbeit sein. Die Kooperation mit den im Konzept zur transnationalen Zusammenarbeit „Innovation durch Kooperation“ (LEG) benannten Regionen („shortlist“) wird favorisiert, ist aber nicht Bedingung.

Die Gründe für die Zusammenarbeit der jeweiligen Partner, die regionale Auswahl und der daraus zu erwartenden transnationale und interregionale Mehrwert des Projekts sollen explizit in der einzureichenden Vorhabensbeschreibung benannt werden.

Die Umsetzung erfolgt über vernetzte Entwicklungspartnerschaften (EP). Kennzeichnend für die Kooperation der EP sind die gemeinsame Konzeptausarbeitung und die kooperative Durchführung während des Bewilligungszeitraums. Die Verantwortung für die Zielerreichung des Gesamtprojekts tragen die Entwicklungspartner gemeinsam, der Projektnutzen wird kooperativ für jeden einzelnen Partner realisiert. Eine grundsätzliche Offenheit für neue Partner sollte gegeben sein, wenn die Umsetzungspraxis dies als sinnvoll erweist.

Projekte sind förderfähig, wenn mindestens zwei Entwicklungspartner kooperieren. Empfohlen wird die Zusammenarbeit von mindestens drei Partnern.

Wesentliche Konzeptbestandteile sind die nachhaltige Ergebnissicherung und die Impulswirkung der Projekte (best practice). Soweit dies für die Zielerreichung erforderlich ist, können als Teil derartiger Projekte neben den notwendigen Koordinations- und Arbeitstreffen auch ergebnisorientierte Veranstaltungen, Workshops, Fachkonferenzen u. ä. mit transnationaler Beteiligung gefördert werden, z. B. wenn dies dem Mainstreaming-Prozess dient.

B. Verfahren

1. Projektkonzeption

Die Einreichung einer aussagefähigen Projektkonzeption bei der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung (GfAW) ist Voraussetzung für die Förderung einer Entwicklungspartnerschaft. Sie erfolgt regelmäßig als Reaktion auf einen veröffentlichten thematischen Teilnehmer- oder Ideenwettbewerb. In fachlich besonders begründeten Ausnahmefällen kann die Einreichung des Konzepts auch unabhängig davon erfolgen, z. B. wenn eine vorausgehende Förderung im Rahmen einer Initiative gemäß dem Handbuch TNA zu Ergebnissen mit besonderer arbeitsmarkt- oder bildungspolitischer Bedeutung geführt hat.

Studien oder Konzepte, die lediglich Informations- und Beratungsfunktionen oder die Akquisition von Entwicklungspartnern beinhalten, sind nicht förderfähig. Ausgeschlossen ist ferner eine institutionelle oder quasi-institutionelle Förderung der Entwicklungspartner.

Auf Grund der pro Jahresscheibe begrenzt verfügbaren Haushaltsmittel wird die GFAW, soweit erforderlich, Informationen zu den aktuellen Möglichkeiten der Konzepteinreichung, ggf. auch mit Stichtagsregelungen, auf ihrer Homepage veröffentlichen.

Die GFAW wird nach einer entsprechenden Bewertung des Konzepts zur Antragstellung auffordern oder das Konzept zurückweisen.

2. Beratung

Durch die Bewilligungsbehörde erfolgt eine Konzept- und Antragsberatung. Die Bewilligungsbehörde bewertet das Konzept unter fachlichen Gesichtspunkten auf der Basis der Landesrichtlinie und des Operationellen Programms (OP). Soweit erforderlich, wird die GFAW fachliche Voten geeigneter externer Stellen einholen.

3. Projektstruktur

Die Konzeption ist inhaltlich und finanziell nach Entwicklungspartnerschaften bzw. Teilprojekten (TP) zu differenzieren. Eines der Teilprojekte übernimmt in jedem Fall die Koordinierungsfunktion zwischen den Partnern. Einer Entwicklungspartnerschaft können fachlich begründet mehrere TP zugeordnet sein.

Soweit nach dem Konzept innovative und modellhafte Inhalte durch Thüringer Partner erprobt werden, kann eine wissenschaftliche Begleitung und externe Evaluation des Projekts gefördert werden.

4. Partnersuche

Für die transnationale Partnersuche hat die EU-Kommission die Internetseite www.transnational-toolkit.eu eingerichtet. Wenn erforderlich, unterstützt die GFAW bei der Suche nach geeigneten interregionalen bzw. transnationalen Partnern und bei der Kontaktaufnahme. Die Unterstützung erfolgt in Kooperation mit der Lenkungsgruppe für transnationale und interregionale Aktivitäten der Strukturfonds sowie der diese unterstützende Koordinierungsstelle bei der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen (LEG).

5. Antragstellung und formale Voraussetzungen

Nach Befürwortung des eingereichten Konzepts durch die Bewilligungsbehörde erfolgt die Antragstellung bei der GFAW. Antragsberechtigt sind die in der Landesrichtlinie benannten natürlichen oder juristischen Personen oder Personengesellschaften. Der Antragsteller soll seinen Sitz bzw. eine Betriebsstätte in Thüringen haben.

Der Antrag muss eine Gesamtkonzeption mit Situationsanalyse, Zielen, Handlungsschwerpunkten, ein Mainstreaming-Konzept, einen detaillierten Arbeits- und Zeitplan sowie einen detaillierten Kosten- und Finanzierungsplan pro Partner enthalten. Darüber hinaus sollen Angaben zu Zielerreichungs- und Wirkungsindikatoren enthalten sein. Der Entwurf der Kooperationsvereinbarung mit den transnationalen Partnern, die Verantwortlichkeiten für den Projekterfolg, einen detaillierten Arbeitsplan und die für die Umsetzung bereitstehenden personellen und finanziellen Ressourcen enthält, soll beiliegen.

Ein Antrag kann auch mit dem Ziel der Beteiligung an einer Partnerschaft eingereicht werden, die in einem anderen Mitgliedsstaat oder in einer anderen Region beantragt oder gefördert wird. Voraussetzung ist, dass sich die Bewilligungsbehörden über die Beteiligung an dem Aufruf verständigen und das Netzwerk die oben benannten Ziele verfolgt. Förderfähig sind in diesen Fällen insbesondere die Ausgaben, die dem Thüringer Partner aus der Teilnahme am transnationalen Erfahrungsaustausch und dem Mainstreaming-Prozess entstehen. Diese Förderung soll 50.000 € nicht übersteigen.

Für projektbezogene notwendige Auslandsreisen im Rahmen transnationaler Projekte ist Rechtsgrundlage das Thüringer Reisekostengesetz (ThürRKG) in Verbindung mit der Thüringer Verordnung über die Reisekostenvergütung bei Auslandsdienstreisen (ThürARV) in der aktuellen Fassung.

Soweit das Konzept Aufgaben einschließt, die den Wettbewerb beeinflussen können und somit als Beihilfen einzustufen sind, sind die einschlägigen Verordnungen der EU-Kommission zur Umsetzung der Art. 107 ff. des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zu berücksichtigen. Eine Förderung von Einrichtungen, die wirtschaftlich tätig im Sinn des Beihilferechts sind, kann nur im Einzelfall und unter Beachtung der Verordnung(EG) Nr. 1998/2006 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen erfolgen.

Die Regelungen der zugehörigen Landesrichtlinie sind einschlägig soweit für die Förderung von Entwicklungspartnerschaften keine Ausnahmen zugelassen sind.

C. Projektumsetzung

Die Umsetzung eines transnationalen oder interregionalen Projektes ist ein zeitlich begrenzter komplexer Kommunikations- und Arbeitsprozess mit gleichberechtigten Partnern. Die Steuerung erfolgt anhand des gemeinsam erarbeiteten Organisations-, Arbeits- und Zeitplans durch den koordinierenden Projektträger auf nationaler und transnationaler Ebene.

Die GFAW unterstützt den Prozess der Projektumsetzung soweit erforderlich durch entsprechende Beratung in Kooperation mit der Koordinierungsstelle sowie der Lenkungsgruppe TNA. Vertreter des TMWAT, der Koordinierungsstelle und Lenkungsgruppe sowie der GFAW können sich bedarfsabhängig an den Arbeitstreffen der Entwicklungspartner beteiligen.

Jeder Entwicklungspartner ist bezogen auf seinen Projektteil für den ordnungsgemäßen und ESF-konformen Einsatz der Fördermittel sowie eine korrekte Verwendungsnachweisführung verantwortlich.

Innovative Projekte haben nur einen geringen Nutzen, wenn es nicht gelingt, ihre Erfahrungen und Ergebnisse einem großen Interessenten- und Anwenderkreis bekannt zu machen. Durch Verbreitung und Transfer der Ergebnisse sollen entwickelte und erprobte Innovationen in der Praxis verankert und für die Weiterentwicklung der Berufsbildungs- und Arbeitsmarktpolitik des Freistaats nutzbar gemacht werden (Mainstreaming). Ergebnisaufbereitung und Transfer haben deshalb einen entscheidenden Anteil am Erfolg der Programmumsetzung insgesamt. Hierzu ist das bereits bei der Antragstellung erarbeitete Konzept zum „Mainstreaming“ so zu realisieren, dass andere Projektträger überregional daran partizipieren können und eine direkte Verbreitung in der Praxis erfolgt. Gleichzeitig sind die Ergebnisse aber auch so aufzubereiten, dass sie für die Weiterentwicklung der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik und die Gestaltung entsprechender Instrumente auf nationaler und europäischer Ebene nutzbar sind.

Die Ergebnisse sind in einer Langfassung als Textdokument und in einer didaktisch aufbereiteten, für Präsentationen geeigneten Form festzuhalten. Konkret formulierte Handlungsempfehlungen sind notwendiger Bestandteil. Mögliche Verbreitungswege sind alle Formen der Öffentlichkeitsarbeit, d. h. Printmedien, Bild und Ton, Fachtagungen und Workshops. Die Ergebnisse des Projekts sollen im „InnovationsPool“ des QualiService Thüringen veröffentlicht und somit nachnutzbar gemacht werden.

D. Inkrafttreten

Dieser Förderleitfaden tritt zum 01.01.2012 in Kraft und gilt für neu zu bewilligende Projekte. Der in der ESF-Förderbroschüre Thüringen veröffentlichte „Förderleitfaden für Projektträger zu transnationalen und interregionalen Projekten“ vom 01.12.2008 tritt gleichzeitig außer Kraft.